

## Brüder im Geiste

Erdoğan: „Ablenkungsmanöver in der Ägäis“, FR-Politik vom 15. Juni

Was unterscheidet Erdoğan von Putin? Dass die Türkei keine Atomwaffen hat, aber sonst sind sie Brüder im Geiste. Nachbarländer werden kriegerisch bedroht (Griechenland) oder überfallen (Ukraine). Oppositionelle werden mundtot gemacht oder gleich ganz tot, verprügelt oder vergiftet. Kritische Journalisten werden als Terroristen gebrandmarkt und eingesperrt. Der lange Arm beider Geheimdienste reicht nach Schweden und nach Berlin. Wie Russland die Krim, so okkupiert die Türkei kurdisches Gebiet in Syrien.

Pikant dabei ist, dass die Türkei Mitglied der Nato ist, also Teil des „freien Westens“, dem Hort von Demokratie, Menschenrechten und Pressefreiheit. Von Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei wie gegen Russland habe ich aber nichts gehört. Und was geschieht, wenn das Nato-Mitglied Türkei das Nato-Mitglied Griechenland angreift? Tritt dann der Nato-Beistandspakt in Kraft und die USA und Deutschland kämpfen an der Seite Griechenlands gegen den Aggressor Türkei?

Manfred Backhaus, Niederbrechen

## Hast du das Geld?

Rentenerhöhung: „Abwarten verboten“, FR-Meinung vom 4. Juni

Was ist mit den Rentnern und den Beziehern von Erwerbsminderungsrenten, die dazu Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen? Bei denen kommt die Rentenerhöhung doch gar nicht an. Es ist jetzt schon ein Leben mit täglicher Mahlzeit unmöglich geworden. Ich bin gerade mal noch im Besitz von zwei langen und einer kurzen Hose. Was soll man noch alles ertragen? Das ist so menschenunwürdig, wenn man wegen Krankheit nicht mehr arbeiten kann. Das Rausgehen muss genau überlegt werden. Hast du das Geld, um mal in die Stadt zu fahren oder mit Freunden ein Eis essen zu gehen?

Veit Geiger, Ludwigshafen

### SORRY

In unserem Artikel „In der Sprache der Blitze“ (9. Juni, S.28) haben wir den Vornamen der Choreographin falsch geschrieben: Sie heißt nicht Devat Schubert, sondern Deva Schubert.

Ein Leser wünscht sich eine neue Folge unserer beliebten Serie „Die FR und die Geografie“, aber wir müssen es heute leider kurz machen und geben daher bündig durch, dass Nijmegen nicht in Belgien liegt. Das hatten wir im Artikel „Starspieler Kostic auf dem Sprung“ (13.6., S. S2) geschrieben. Nijmegen lag noch nie in Belgien, sondern befindet sich in den Niederlanden.

## Ist die hehre Idee namens Pazifismus am Ende?

Friedensfragen: „Wem bringt Aufrüstung mehr Sicherheit?“, FR-Politik vom 10. Juni, und „Radikalpazifismus“, FR-Titel vom 4. Juni

### Waffen schaffen immer nur neue Probleme

Für den Beitrag von Frau Sancar möchte ich mich bedanken. Mich irritiert das reflexhafte Rufen nach immer mehr Waffen. Waffen lösen keine Probleme, nie, sie schaffen nur neue. Das heißt nicht, dass ich oder irgendwer eine Lösung des Konflikts zur Hand hätte, ich weiß nur, wie es nicht geht. Diesem Krieg liegen sehr komplexe Gründe zugrunde, nicht zuletzt der anscheinend nicht zu stoppende Wahn einzelner einflussreicher Männer.

Brigitte Heinzmann, Frankfurt

### Putin zeigt dem Pazifismus rigoros die Grenzen auf

Ich betrachte Frau Sancars pazifistische Ausführungen zur aktuellen Situation in der Ukraine als sehr realitätsfern. Meinen Vorwurf möchte ich an zwei mich besonders empörenden Aspekten präzisieren.

Absurder Waffenwunsch? Da ist zum einen die Beurteilung der Lage der Frauen in der Ostukraine. Frau Sancar schreibt: „Ich verstehe, wenn Frauen in der Ostukraine, die in zerbombten Kellern Schutz suchen müssen, eine Waffe haben wollen.“ Freilich lässt sie deren Wunsch nicht einfach so stehen, sondern interpretiert ihn: „Sie (die Waffe) dient ihrer gefühlten Sicherheit.“ Frau Sancar im sicheren Bern weiß besser als die in zerbombten Kellern hausenden Frauen, was gut für diese wäre. Denn die Waffen dienen einzig einer „gefühlten“ Sicherheit, also eigentlich einer Schimäre. Zudem wird der quicke Bescheid erteilt, warum das so wäre, denn die „Tatsache, dass Waffen in ungeübten Händen noch mehr Schaden verursachen, bleibt unausgesprochen.“ Frau Sancar begreift nicht, dass die ostukrainischen Frauen nicht nur das so wichtige sub-

jektive Gefühl der Sicherheit, sondern auch das objektive Recht auf Selbstverteidigung erlangen wollen. „Mehr Schaden verursachen“ als wer? Sancar „vergisst“ komplett, welche Massaker die russische Terrorarmee in der schutzlosen ukrainischen Zivilbevölkerung anrichtet. „Mehr Schaden“ kann doch gar nicht sein! Wenn auch nicht intendiert, so schließt ihre Argumentation das Fazit nicht aus, dass die Selbstpreisgabe der Frauen an eine marodierende Soldateska als geringerer „Schaden“ anzusehen wäre. Den brutalen Vernichtungsterror im Bewusstsein, kann ich Frau Sancars pazifistische Argumente nicht akzeptieren. Alles andere als das verbriefte Recht Angegriffener, Selbstverteidigung auszuüben (UN-Charta, Artikel 51), wäre eine Bereitschaft zur wi-



Karikatur von Thomas Plasmann aus dem Jahr 2014.

PLASSMANN

derstandslosen Selbstvernichtung. Das wäre das objektive, subjektiv nicht gewollte Resultat einer auf Wehrlosigkeit pochenden Haltung. Aggressoren wie Putin zeigen dem konsequenten Pazifismus rigoros die Grenzen auf!

Ein zweites, die pazifistische Alternative. Diese liest sich bei Sancar so: „Sicherheit erfordert nicht mehr Investitionen in militärische Güter, sondern den politischen Willen, finanzielle Mittel für Bildung, Gesundheit, Kultur, Arbeit einzusetzen.“ Und um dieses Sicherheitsprogramm umzusetzen, schlägt sie vor, dass es „jetzt schon das Engagement für gute Lebensbedingungen für alle (brauche). Nur so werden sich auch die Frauen in der Ostukraine sicherer fühlen, mit einer funktionierenden Grundversorgung, zugänglichen Dienstleistungen, Arbeit und Einkommen“.

gierungsverantwortung zu stellen. Wer würde danach noch mit der Lindner-FDP regieren wollen? Also Mut zu mehr Konfrontation seitens der großen Mehrheit in der Koalition! Die Wähler:innen, die bei den letzten Landtagswahlen die Liberalen unter oder nahe an die Fünf-Prozent-Hürde gebracht haben, werden es zu schätzen wissen.

Diese Forderungen strotzen angesichts des akuten Desasters in der Ukraine nur so vor Realitätsferne, wenn nicht gar vor Naivität. Beginnen Sie möglichst rasch, Frau Sancar, gute Lebensbedingungen in der Ukraine „jetzt schon“ zu schaffen! Und zwar vor Ort unter akuten Kampfbedingungen, in Gegenwart all der schrecklichen Massaker. Ich prophezeie der Realisierung Ihres durchaus hehren moralischen Vorhabens ein brutales Ende. Dieter Demuth, Berlin

### Ich möchte das Übel Krieg an der Wurzel bekämpfen

Auf der Titelseite der FR vom 4. Juni erschien an hervorgehobener Stelle der Begriff „Radikalpazifismus“. Als ich diesen Begriff zum ersten Mal in 3sat in einem Beitrag der Sendung Kulturzeit hörte, hielt ich das für die Ausgeburt eines nicht ganz gescheiterten deutschen Dichters und Denkers.

Aber die Wortschöpfung scheint sich vor dem Hintergrund der aktuellen medialen Kriegstreiberei hervorragend zur Verunglimpfung des Pazifismus zu eignen. Radikal können wir allerdings nur gegen etwas sein und nicht für etwas. Und als Pazifistin möchte ich das Übel Krieg an der Wurzel bekämpfen. Dazu reicht es jedoch nicht, nur den einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu betrachten, sondern die vielen gegenwärtigen und vergangenen Kriege. Welches ist ihre Entstehungsgeschichte, welches waren die Folgen der Kriege für Menschen und Umwelt? Wie wurde Frieden wiederhergestellt oder erzwungen? Welche Interessen haben die vielen Beteiligten? Wem nützt der Krieg? Wer gewinnt, wer verliert?

Also wäre es doch unsere Aufgabe, vieles von dem, was in den Geschichtsbüchern steht, wieder ins Bewusstsein zu rufen. Es gibt viel zu tun. Sophie Wegener-Stahlschmidt, Wiesbaden

## Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt

Teures Tanken, Tankrabatt und die FDP: „Wer macht sich die Taschen voll?“, FR-Wirtschaft vom 11. Juni

### Die Lindner-FDP ist eine Beharrungspartei

Die selbsternannte Modernisierungspartei FDP entpuppt sich zunehmend als NeinsagerInnen-Partei: Auskömmliches Bürgergeld/Hartz IV: Nicht mit uns! Gesundheitsvor-/fürsorge Corona: Nicht mit uns! Übergewinnbesteuerung: Nicht mit uns! Tempolimit: Nicht mit uns! Ausstieg Verbrenner 2035: Nicht mit uns! Tierwohl-Siegel: Nicht mit uns!

Allerdings kann die FDP auch anders: Garantierte Gewinnmaximierung für Konzerne: Aber ja doch! Wiedereinstieg in Atomenergie: Stets bereit! Aufrüstung Bundeswehr: Liebend gern!

Im Grunde ist diese Partei eine rückwärtsgewandte Beharrungspartei, auf keinen Fall eine Modernisierungspartei. Gesellschaftliche Modernisierung sieht

anders aus! Der FDP-Vorsitzende hatte ja nach den Verhandlungen mit CDU/CSU und Grünen am 20.11.2017 sein Credo formuliert: Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren. Ob er sich noch daran erinnert? Bleiben Sie sich treu, es bleibt noch genügend Zeit, die Legislatur ist noch lange genug! So langsam dürfte es wohl den letzten in SPD und bei Bündnis 90/Grüne dämmern, auf wen sie sich eingelassen haben. Manche dürften es wohl von Beginn an geahnt haben. Otto Gebhardt, Frankfurt

### Mut zu mehr Konfrontation in der Ampel-Koalition

Wie lange noch sollen wir zuschauen, wie der Schwanz mit dem Hund wedelt? Wenn ich mich recht erinnere, hatten Rot/Grün bei der Bundestagswahl zusammen fast 40 Prozent, die FDP

dagegen 11,5 Prozent. Und sie nimmt sich seit Beginn der Ampel-Regierung heraus, bei allen Themen eine Art Vetorecht zu beanspruchen: „Nicht mit uns“, sei es mit „keine Steuererhöhungen“ oder „Schwarze Null“ begründet oder einfach von Porschefahrer Lindner so (nicht) gewollt wie bei seinem Ruffel gegen Kabinettskollegen Özdemir. Und nun gerät auch noch das FDP-Projekt Mineralölsteuersenkung zum Desaster. Während die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann die Ukrainepolitik der SPD scharf kritisieren kann, gibt es eine merkwürdige Beißhemmung bei SPD und Grünen, sich nicht alles von der FDP gefallen zu lassen. So stark ist die Position der kleinsten Regierungspartei nicht. Wenn ihr die Politik der Koalition nicht passt, hat sie kaum die Möglichkeit, sich innerhalb von fünf Jahren zum zweiten Mal aus der Re-

gierungsverantwortung zu stellen. Wer würde danach noch mit der Lindner-FDP regieren wollen? Also Mut zu mehr Konfrontation seitens der großen Mehrheit in der Koalition! Die Wähler:innen, die bei den letzten Landtagswahlen die Liberalen unter oder nahe an die Fünf-Prozent-Hürde gebracht haben, werden es zu schätzen wissen.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

### Ökonomen dürften nicht überrascht sein

Das Angebotsmonopol von Benzin treibt den Preis immer nach oben. Da es kaum eine Möglichkeit gibt für den Autofahrer, das Auto stehen zu lassen. Marktwirtschaft folgt dem Prinzip, den größtmöglichen Gewinn zu erzielen. Das dürfte keinen Ökonomen wirklich überraschen.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg